

## **DIHK-Kurzbewertung zu dem heute vorgestellten steuerpolitischen Programm der Kommission „Steuergesetzbuch“ (Stiftung Marktwirtschaft)**

### **Inhalte in Kurzform:**

Die Stiftung Marktwirtschaft legt drei Module für die Reform des Steuersystems vor:

- Reform der Unternehmensbesteuerung
- Neuordnung der Kommunalfinanzen (**inklusive Abschaffung der Gewerbesteuer**)
- Reform der Einkommensbesteuerung

Aus Unternehmenssicht sind insbesondere die ersten beiden Module relevant.

### **Zum Modul 1: Reform der Unternehmensbesteuerung:**

- Reduktion der steuerlichen Gesamtbelastung auf maximal 30% des Gewinns
- Rechtsformneutrale Besteuerung von Unternehmen
- Abkoppelung der Unternehmensbesteuerung von der Einkommensteuer
- Begrenzung der Niedrigbesteuerung auf Gewinne, die im Unternehmen bleiben
- Nachbelastung bei Ausschüttung oder Entnahme
- Entnahmen bis zu 120.000 € pro Person innerhalb eines Jahres durch Abzug vom laufenden Gewinn möglich

### **Zum Modul 2: Neuordnung der Kommunalfinanzen**

- Abschaffung der Gewerbesteuer
- Einführung einer kommunalen Unternehmensteuer mit Hebesatzrecht auf den gemeindeschaffen Gewinnanteil
- Einführung einer kommunalen Bürgersteuer mit Hebesatzrecht auf das zu versteuernde Einkommen
- Beteiligung der Kommunen am Lohnsteueraufkommen (durch eine durch Anrechnung neutralisierbare Lohnsummensteuer, die vom Unternehmen abzuführen ist)

### **DIHK-Bewertung:**

Das Programm der Stiftung Marktwirtschaft enthält mehrere geeignete Bausteine für eine zeitgemäße Unternehmensbesteuerung, es muss sich allerdings im Wettbewerb mit anderen Konzepten erst noch beweisen. So folgt die Empfehlung des Sachverständigenrates einer Dualen Einkommensteuer im nächsten Monat.

Die Abkoppelung der Unternehmensbesteuerung von der Einkommensteuer ist unter den derzeitigen Umständen erforderlich, damit Deutschland im internationalen Standortwettbewerb besser werden kann - ohne dass die öffentlichen Haushalte

ausbluten. Der hohe Preis dafür ist für viele Unternehmen eine Komplizierung des Steuerrechts. Diese unangenehme Begleiterscheinung wäre nur mit einer Flat Tax vermeidbar gewesen.

Der Vorschlag der Stiftung zur Kommunalfinanzierung bietet aus Sicht des DIHK die Chance auf die Abschaffung der Gewerbesteuer. Die Vorschläge sind auch aus unserer Sicht im Detail noch zu prüfen.

Die Bundesregierung hat in Genshagen am 10. Januar 2006 ihre Ankündigung einer Reform der Unternehmenssteuern bekräftigt. Der DIHK fordert, dass die Politik die notwendigen Vorarbeiten schnell in Gang bringt, damit die Eckpunkte noch in diesem Jahr beschlossen werden können und die Unternehmensteuerreform tatsächlich im Sommer 2007 verabschiedet und zum 1. Januar 2008 in Kraft treten kann. Wirkung und Administrierbarkeit müssen unter Einbeziehung von Unternehmen und Verbänden einem Praxistest unterzogen werden.

Berlin, 30. Januar 2006